

Die Herstellung und Bewältigung eines „Problems“ durch die westliche Staatenwelt

DROGEN-SUCHT, -GESCHÄFT, -KRIMINALITÄT, -BEKÄMPFUNG, -KRIEG

5 US-Präsident Bush hat ein Markenzeichen für seine Präsidentschaft gefunden: „Krieg der Rauschgiftmafia“. Der „Kampf gegen die Drogenseuche von Millionen von Amerikanern“ - unter Präsident Reagan noch ein Betätigungsfeld für die First Lady - ist neuerdings Chefsache im Weißen Haus.

10 Im Drogenkonsum seiner Untertanen hat der Präsident nämlich eine politische Herausforderung der allerersten Güteklasse entdeckt: „Die Lebenskraft unserer Nation ist vom Rauschgift bedroht.“ (Bush in seiner Fernsehansprache an die Nation) Mit dieser Entdeckung hatte der Präsident seine Drogenbekämpfungs-Strategie auch schon gefunden: mehr Gefängnisse im Inland und mehr US-Waffen und Militärberater für die lateinamerikanischen Staaten. Die werden nämlich als „Drogenanbau-Staaten“ großzügig in den Rauschgift-Krieg einbezogen. Wenn die USA einen Kampf gegen die Drogensucht ihrer Bürger beschließen und dafür einen weltweiten Drogenkrieg ausrufen, dann gilt selbstverständlich, dass auswärtige Souveräne sie in diesem ehrenwerten Anliegen zu unterstützen haben. Die zeitgemäße US-Feindschaftserklärung an Regierungsmannschaften im „südlichen Hinterhof“ der USA heißt heutzutage „Verfälschung mit der Rauschgiftmafia“ - eine interessante Mischung aus Pflege der US-amerikanischen Volkshygiene und imperialistischen Ansprüchen.

20 Die Ironie dieser Kriegserklärung besteht bloß darin, dass der Führer der westlichen Weltmacht und seine westeuropäischen Kollegen, die sich dem Drogenkampf-Programm begeistert angeschlossen haben, die Urheber des „Drogenproblems“ sind, das sie so entschlossen bekämpfen wollen. Vom „Suchtverhalten“ ihrer freien Bürger bis zur militärischen Ausstattung der Drogenkartelle - alle Geschäftsbedingungen eines flotten Drogengeschäfts sind Resultate der von ihnen garantierten einzigartigen Weltwirtschaftsordnung.

Drogensucht - auch eine Heimat fürs bürgerliche Individuum

30 Die bürgerliche Gesellschaft hat ein interessantes Angebot auf Lager: Rauschgift wird als Ware angeboten. Kundschaft zu finden ist offenbar kein Problem. Es scheint genügend Mitglieder dieser Gesellschaft zu geben, die die Betäubung ihres Bewusstseins attraktiv finden. Leute, die ihr subjektives Glück auf eine merkwürdige Art suchen. Wohlbefinden verschaffen sie sich nicht - oder nicht mehr - im Verhältnis zur Realität, sondern durch chemische Beeinflussung ihres Hirns. Drogenkonsumenten legen so viel Wert darauf, sich „gut zu fühlen“, dass sie alles daransetzen, *a n sich* einen Zustand der Zufriedenheit herzustellen, auch und gerade dann, wenn die Welt ihnen keinen Grund zur Zufriedenheit bietet. Sie brauchen sich noch nicht einmal einzureden, dass sie die Realität *anders sehen*, sie manipulieren lieber ihren Realitätsinn und versetzen sich so in einen *körperlichen* Zustand, dass sie sie anders bzw. überhaupt nicht mehr sehen. Rauschgifte verschaffen ihnen das psychologische Erlebnis einer Gefühlswelt, die sich auf nichts bezieht. „Drogenkarrieren“ werden mit diesem Bedürfnis nach grundloser Zufriedenheit begonnen; ein Bedürfnis, das durch die physiologische Wirkung der Rauschgifte - mehr oder weniger schnell - in körperlicher Abhängigkeit endet. Ist der Zustand erreicht, diktiert die körperliche Befindlichkeit das Bedürfnis nach dem nächsten Trip, der Entschluss zum Drogenkonsum wird durch physiologische Not ergänzt. Das Verlangen nach der Drogenwirkung ist dann endgültig auf das reduziert, was auch schon sein Ausgangspunkt war, auf das Bedürfnis nach pharmakologischer Manipulation.

45 dass die Methode, sich mittels gewohnheitsmäßiger chemischer Beeinflussung des Nervensystems

Glücksgefühle zu verschaffen, körperliche Folgen hat, liegt in der Natur der Sache. Deshalb stimmt es aber noch lange nicht, dass mit der körperlichen Abhängigkeit quasi naturgesetzmäßig über das Schicksal von Süchtigen entschieden wäre. Die Behauptung unterstellt nämlich, dass die Betroffenen *gegen* ihren Willen nicht vom Drogenkonsum lassen können. Auch eine körperliche

5 Abhängigkeit zwingt zu nichts, außer zu der Entscheidung, ob man sich weiter die Suchtmittel verschaffen oder eine Entgiftung über sich ergehen lassen will. Der Wahrheitsgehalt von Sprüchen wie „Einmal süchtig, immer süchtig“, mit denen Gesundheitspolitiker die „gefährdete Jugend“ be-

arbeiten, wird auch dadurch nicht größer, dass die meisten Süchtigen selber das Argument beherrschen, ihre Sucht wäre der unwidersprechliche Beweis, dass sie nicht anders könnten.

10 Nicht ihr absurdes Bedürfnis nach einem grundlosen Glücksempfinden unterscheidet Drogenkonsumenten vom Rest der bürgerlichen Welt, sondern die Art und Weise, wie sie es an sich herstellen. Sie betäuben ihr Bewusstsein nicht mit Ideologien, sondern direkt. Dieser direkte chemische Weg wird von allen einschlägigen Drogentherapien als gefährlicher Selbstbetrug kritisiert - angeboten werden statt dessen alternative Techniken der Selbstmanipulation. Obwohl sie wahrscheinlich den alten Marx-Spruch vom „Opium fürs Volk“ noch nicht einmal kennen, ist aufrechten

15 Sucht-Betreuern in USA die „Begegnung mit Jesus“ als mindestens gleichwertiger Ersatz für Drogen-Trips eingefallen. Ob dieses Angebot bei Fixern und Koksern verfängt, hängt allerdings schon davon ab, ob die sich auf das Versprechen einlassen wollen, dass man sich bei einem „Leben mit Jesus“ auch ziemlich besoffen fühlen kann, wenn sie ihren Trip auch durch einen einfachen

20 „Schuss“ haben können. Dafür hält ein nicht unerheblicher Teil der rauschgiftfreien Bevölkerung ein Leben ohne „Ersatzdroge Jesus“ für ganz und gar nicht lebenswert. Zigtausend körperlich völlig gesunde Jugendliche behaupten auf Kirchentagen und ähnlichen tiefeschürfenden Gemeinschaftserlebnissen: „Ich fühl‘ mich gut, seit ich Jesus kenne.“

Religiöse Spinnerei ist nur *eines* der vielen Angebote, die die bürgerliche Gesellschaft Leuten bietet, die in jeder Lebenslage die Frage stellen: „Wie fühle ich mich?“ - und es darauf abgesehen haben, ihre Launen ins Positive zu manipulieren. Eine ganze Abteilung der bürgerlichen Geisteswissenschaft - die Psychologie - beschäftigt sich mit der Pflege des Ideals eines Individuums mit

25 „ausgeglichenem Seelenhaushalt“, das sein „Gleichgewicht“ ganz unabhängig von, also unter allen äußeren Lebensbedingungen zu finden hat. Und wenn sich Psychofans in ihr Verhaltens-, Entspannungs- und sonstiges Selbstbewusstseins-Training nur lange genug hineingesteigert haben, verkünden sie regelmäßig, dass sich zwar sonst nichts geändert hat, aber *sie schon*, und dass sie *ganz persönlich* den Königsweg zur Zufriedenheit gefunden hätten.

30

Im Vergleich mit den gängigen, höchst ehrenwerten bürgerlichen Psycho-Touren, sich grundlos zufrieden zu fühlen, sind Drogen-Trips eine ziemlich radikale Variante, aber der Unterschied ist eben gar kein prinzipieller. Drogen sind wie Religion, Psychologie oder wie die ganz schlichten Lebensweisheiten des Normalbürgers, der „arm, aber gesund und anständig“ ist, ein Angebot für Leute, die die Grunddogmen der bürgerlichen Gesellschaft begriffen haben. Sie haben die Lebensphilosophie unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beherzigt, nach der der ganze marktwirtschaftliche Konkurrenzbetrieb eine einzige Veranstaltung für das individuelle Glücksstreben sein soll, eine Ansammlung von Chancen und Angeboten, aus denen jeder einzelne nur das für ihn Passende herauszugreifen braucht, um das Beste für sich daraus zu machen. Die Praxis der marktwirtschaftlichen Konkurrenz sieht bekanntlich ein bisschen anders aus. Die Erfahrung, dass die Sache mit dem Glück objektiv nicht aufgeht, bleibt kaum einem erspart. Aus dieser Erfahrung lernen freie Bürger allerdings in den seltensten Fällen, dass ihr Materialismus mit Notwendigkeit - nämlich an den wirklichen Sachzwängen des Kapitalismus - scheitert. Ihre Erfahrungen bewältigen bürgerliche Menschen statt dessen mit den Ideologien, die ihre Gesellschaft ihnen bietet. Bevor sie auf ihre individuelle Glückssuche verzichten - und sich damit gemäß der gültigen Weltansicht, nach der jeder sein Glück selber in der Hand hat, zum Versager erklären -, verlegen sie ihr ganz persönliches Lebensglück eben in den Bereich der Einbildungen, die durch keine mißlichen „Lebenserfahrungen“ mehr zu blamieren sind.

35

40

45

50

Insofern sind Drogen-Trips ein durchaus klassenübergreifendes Angebot der Klassengesellschaft an ihre Insassen - auch in diesem Punkt unterscheiden sie sich nicht von Religion, Psychologie oder Irrenhaus. dass der einzelne immer und überall im Mittelpunkt steht und darin seine Bewährungsprobe zu bestehen hat, dieses verrückte Grunddogma der bürgerlichen Gesellschaft teilen selbstverständlich auch Leute, die in gut situierten bis luxuriösen Lebensverhältnissen leben. Die Abwesenheit von materiellen Sorgen schafft auf dieser Seite der Klassengesellschaft Raum für eine um so freiere Suche nach einem angeblich ganz eigenen Lebens- und Glücksgefühl. Die Antwort auf ihre höchst persönliche Lebens-Sinnfrage suchen sich auch kultivierte Wohlstandsbürger aus dem vorhandenen Angebot aus - „Bewusstseinsweiterung“ durch Koks ist da eben auch eine Möglichkeit.

In einer Hinsicht unterscheidet sich die Vernebelung des Bewußtseins durch Rauschgifte allerdings schon von den üblichen psychologischen Techniken, mit denen bürgerliche Individuen ihr Leben „bewältigen“. Sie funktioniert von selbst, ohne geistige Umstände und Einbildungen, wie sie der Glaube an Ideologien verlangt. Drogenkonsumenten haben sämtliche Lebenslügen der freiheitlichen Gesellschaft verstanden, sie sehen bloß weit und breit kein zu ihrer Geschmacksrichtung passendes ideologisches Hilfsmittel, um daran glauben zu können. Sie pflegen nicht das falsche Bewußtsein, das an Chancen glaubt, wo es keine gibt. Sie können sich nicht an der Vorstellung berauschen, gelungene Typen zu sein, indem sie über ein vorzügliches Familienleben mit eigenen unvergleichlichen Kindern verfügen. Sie kriegen auch den Wahn nicht hin, an ein Jenseits voller Chancen zu glauben, weil es im Diesseits keine gibt. Also wählen sie den direkten chemischen Weg zum „individuellen Glück“. Es ist deshalb kein Wunder, dass die „Anfälligkeit“ für Drogen an den Randbezirken der Klassengesellschaft besonders verbreitet ist: bei den Underdogs der Marktwirtschaft, die im normalen bürgerlichen Getriebe von vornherein keine Lebenschance entdecken können, und in den oberen Schickeria-Kreisen, in denen man, nachdem man sowieso schon jeden sinnstiftenden Mist ausprobiert hat, gelegentlich von den gutbürgerlichen Durchschnitts-Glücksprogrammen angeödet ist.

Daneben gibt es noch Leute, die Koks schnupfen oder Amphetamine einwerfen, um ihren Beruf auszuhalten - in den USA ist Kokain ein unter LKW-Fahrern weitverbreitetes „Weckmittel“, und auf manchem Fabrikparkplatz wird es aus dem Kofferraum verkauft. Das Glück, das durch diesen zweckmäßigen Einsatz von Drogen winkt, besteht darin, nicht auszuflippen, seinen Mann zu stehen und beim zügigen Verschleiß der eigenen Gesundheit ein bisschen high zu sein. Auch das ehrt die hervorragende westliche „Leistungsgesellschaft“.

Die Staatsgewalten des freien Westens, die das Rauschgiftproblem so bejammern, schaffen mit der von ihnen garantierten Wirtschaftsordnung nicht nur die materiellen Lebensumstände, die ihren Untertanen zu schaffen und sie für alle kompensatorischen Sinn-Angebote empfänglich machen. Ihre Gesellschaftsordnung legt auch die geistige Lage des freien Bürgers fest, der unter allen Bedingungen und gegen alle Erfahrungen daran festhält, dass das Individuum in dieser besten aller Welten im Mittelpunkt zu stehen hat. dass dieser erbitterte pursuit of happiness irgendwann auch mal beim Rauschgift landet, ist wirklich kein Wunder.

Der Rauschgift-Markt - ein Geschäft nach allen Regeln der Marktwirtschaft

Auch für Rauschgift gilt das kapitalistische Gesetz: Auch hier kommen Angebot und Bedürfnis nur deswegen zusammen, weil es einen Markt für das Zeug gibt, auf dem Geld zu machen ist. So funktioniert nun mal diese prächtige Wirtschaftsordnung: Jedes Bedürfnis ist in Geld zu verwandeln - und das heißt umgekehrt, ohne Geld wird überhaupt kein Bedürfnis befriedigt, geschweige denn erregt. Wenn es nicht ums Geschäft ginge, gäbe es auch kein Interesse, ein Bedürfnis nach Suchtmitteln zu wecken und durch Angebote auszunutzen. Das Warenangebot an Drogen geht marktwirtschaftlich gesehen also voll in Ordnung. Denn wenn jedes Bedürfnis nur befriedigt wird,

weil und soweit sich daraus ein Geschäft machen lässt, dann wird aber auch *jedes* Bedürfnis be-
dient, aus dem Geld zu schlagen ist. So kalkulieren private Geschäftsleute - und so sollen sie in
unserer soziale Marktwirtschaft auch kalkulieren. Das Angebot an Rauschgiften und die Versor-
gung der Leute damit kommt also auf genau dieselbe Tour zustande wie die Versorgung des Mark-
tes mit Coca-Cola und Autos.

Wenn die Gesetze des freien Marktes immer und überall gelten sollen, was gerade US-Präsidenten
in jeder Antrittsrede fordern, warum dann eigentlich bei Drogen nicht? dass das Zeug die Gesund-
heit der Konsumenten ruiniert, kann ja wohl kein ernstzunehmender Einwand gegen ein florieren-
des Geschäft sein. Für Autos wie für Waffen, für Chemieabfall wie für Kalbfleisch und Milch, für
alle Produkte und Bedarfsartikel der Warenwelt gilt nur *ein* ökonomisches Gesetz - das des kapi-
talistischen Geschäfts: Wenn *Geld* damit zu machen ist, geht die Sache in Ordnung; ruinöse *Fol-*
gen des Geschäfts gehen die Geschäftswelt nichts an, genauso wenig wie die Ausbeutungsverhält-
nisse bei der Produktion. Warum sollten den Rauschgifthändlern, völlig gegen alle guten Sitten
der Marktwirtschaft, die Konsumenten am Herzen liegen?

Die Liebhaber der freien Marktwirtschaft könnten sich also auch für diese Branche ihren Stan-
dard-Spruch einfallen lassen, dass gegen die Kräfte des Marktes nun mal kein Kraut gewachsen
ist. Es ist ihnen doch sowieso so selbstverständlich wie nur was, dass, wie jede Versorgungsgröß-
tat unserer Gesellschaft, auch die Versorgung mit Rauschgift in Geld gemessen wird. Rauschgift-
fahnder geben die Größe ihres Erfolgs jedenfalls immer im Straßenverkaufswert der beschlag-
nahmen Rauschgiftfuhren an.

Und dann kommen ausgerechnet die Führer der Staaten, die dafür geradestehen, dass sich alle ge-
sellschaftlichen Verhältnisse am Geld bemessen, daher und beschweren sich, dass die Belieferung
des Rauschgiftmarktes so prächtig klappt.

Das staatliche Rauschgiftproblem - der Rechtsstaat schafft sich seinen Hand- lungsbedarf

Demokraten sind sich einig: Der Rechtsstaat muss Rauschgift-Kriminalität bekämpfen. Es sind
aber bekanntlich sogar schon findige Sozialarbeiter, Suchtberater und Drogenärzte darauf gekom-
men, dass der Staat sein Kriminalitätsproblem vom Hals hätte, wenn er den Drogenkonsum nicht
verbieten und statt dessen alle Rauschmittel ungefähr so wie Schnaps behandeln würde. Die Ab-
lehnung solcher „radikaler Lösungsvorschläge“ zeigt, dass bürgerliche Staatsgewalten offenbar
ein weitergehendes Anliegen haben, als die Folgen der Kriminalisierung des Drogenkonsums zu
bekämpfen. Sie haben einen Einwand gegen den Drogenkonsum selbst - sonst würden sie ihn gar
nicht erst kriminalisieren. Zwischen dem Grund der Kriminalisierung des Rauschgiftkonsums und
den Folgen dieser Kriminalisierung können und wollen der US-Präsident und seine Kollegen zwar
nicht unterscheiden; dasselbe ist es trotzdem nicht.

„Die Lebenskraft unserer Nation ist vom Rauschgift bedroht. Die Drogenseuche verwan-
delt unsere Städte in Schlachtfelder, ermordet unsere Kinder, zerstört unsere Wohnviertel,
unsere Familien, unsere Freunde.“ (Bush in seiner Fernsehansprache an die Nation)

Die „Schlachtfelder“ in seinen Städten könnte sich Bush wirklich ersparen, wenn er den Drogen-
konsum legalisieren und seine Drogenpolizei auflösen würde. Aber das kommt für einen verant-
wortungsvollen demokratischen Staatsmann eben nicht in Frage, wenn er die Diagnose stellt, dass
Rauschgifte die Grundlagen seiner Gesellschaft in Frage stellen. Bush redet von der „Lebenskraft
der Nation“, und die meint er auch. Bürgerliche Staaten bekämpfen Drogensucht aus Sorge um die
Brauchbarkeit ihres Volkes, wobei die staatlichen Ansprüche an ein brauchbares Volk ihre eigenen
Gesichtspunkte haben. Die Sorge um die körperliche Unversehrtheit seiner Leute ist jedenfalls
nicht der Ausgangspunkt für das staatliche Rauschgift-Verbot. Drogensucht ist schließlich keine

Seuche, bei der die Gefahr bestünde, dass erhebliche Teile des Volkskörpers durch Ansteckung infiziert und dadurch körperlich ruiniert und unbrauchbar gemacht würden. Es stimmt zwar, dass Rauschgiftkonsumenten in der Regel nach einiger Zeit körperliche Wracks sind, aber wenn es den staatlichen Aufsichtsbehörden darum ginge, den gesundheitlichen Verfall der Süchtigen zu verhindern oder einzudämmen, dann könnten sie sich wirklich umstandslos den Argumenten der Befürworter einer Legalisierung des Drogenkonsums anschließen. Allen Expertenberichten ist nämlich zu entnehmen, dass die gesundheitlichen „Risiken“ der Süchtigen - bis hin zum Drogentod durch Überdosierung - viel eher aus der Kriminalisierung des Drogenkonsums als aus dem Konsum selbst folgen.

„Richtig dosiert, so betonen Experten, haben die Opiate relativ geringe Nebenwirkungen. Selbst Heroin zerstört, anders als das Kokain, nicht den Körper... Da der Drogenabhängige weder seine individuellen Grenzen noch die Reinheit des von ihm konsumierten Rauschgift kennt, wird die Überdosierung und infolgedessen Atemlähmung allzu leicht sein tödliches Schicksal. Eine große Zahl von Erkrankungen der Opiatsüchtigen hat allerdings nicht direkt mit der Droge zu tun. Infektionen wie Hepatitis und neuerdings Aids sind eher Folgen des kriminellen und krankmachenden Milieus.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.)

Als Einwand gegen ihr Rauschgiftverbot lässt die Staatsgewalt solche Diagnosen nicht gelten, genauso wenig wie die Hinweise, dass Rauschgiftabhängige mit ärztlich kontrollierter Drogenversorgung durchaus einem geordneten Berufsleben nachgehen könnten. Der Kriminalisierung des Drogenkonsums geht ja auch keine Überprüfung voraus, ob Rauschgiftkonsumenten tatsächlich für ihren jeweiligen Beruf unbrauchbar geworden sind. Drogenkonsum wird als Verbrechen verfolgt ganz unabhängig davon, ob ein Koks schnupfender Manager seinen Job prächtig erledigt, oder ob es sich bei den Betroffenen um Slum-Insassen handelt, die zum marktwirtschaftlichen Ausschuss gehören, an dessen produktiver Benutzung sowieso kein Interesse besteht.

Ganz getrennt davon, wie und ob seine Bürger sich in seiner Gesellschaft nützlich machen, legt der bürgerliche Staat Wert auf die generelle *Brauchbarkeit* seines Volks. Er erhebt Anspruch auf ein Volk, das alle Bedingungen und „Sachzwänge“ seiner freiheitlichen Marktwirtschaft als seine Lebensumstände und -chancen akzeptiert; Bürger, deren *Willen*, brauchbar zu sein und sich brauchbar zu halten, außer Frage steht; das ist sein Kriterium für „nationale Lebenskraft“. Bürgerlichen Staatsmännern ist die *Moralität* ihrer Untertanen eben ganz und gar nicht gleichgültig. In der Manipulation und Ausschaltung des Willens durch Drogen sehen sie eine prinzipielle Gefahr für ihre Gesellschaft: die Verweigerung korrekten Mitmachens und darüber hinaus den Einstieg in „Drogenkarrieren“, in deren Verlauf die Leute ihren Willen so zurichten, dass sie nach allen gültigen Maßstäben nicht mehr richtig wollen können. Dieser staatliche Verdacht gilt für jedes Rauschmittel - vom Alkohol bis zum Heroin. Welche Drogen dann gesetzlich verboten, welche rationiert und welche ganz frei gegeben werden, diese Entscheidung treffen Politiker - je nach ihrer aktuellen Gefahreinschätzung - durchaus unterschiedlich. Skandinavische Staatsbürger können in ihren Heimatländern - fast wie in alten US-amerikanischen Prohibitionszeiten - Alkohol nur in staatlich reglementierten Rationen beziehen. Die holländische Regierung verspricht sich eine effektivere Bekämpfung des Heroin- und Kokainkonsums durch die Freigabe von Haschisch und Marihuana. Hiesige Politiker stehen dagegen mehr auf dem Standpunkt, dass gerade durch die Freigabe der „weichen Drogen“ und erst recht durch die Umstellung von Heroinsüchtigen auf den „Ersatzstoff“ Methadon der „Sucht Tor und Tür geöffnet“ werden.

Wie unterschiedlich ihre jeweiligen Drogengesetzgebungen im einzelnen auch sein mögen: dass Drogenabhängigkeit als Gefährdung der sittlich-moralischen Grundlagen ihrer Gesellschaft zu bekämpfen ist, davon gehen alle westlichen Industrienationen aus. Für Staaten, die auf die willentliche Bereitschaft ihrer Bürger setzen, sich in allen Lebenslagen den gesellschaftlichen „Rahmenbedingungen“ anzupassen, sind Leute, die ihr Hirn chemisch bekiffen, ein nicht hinnehmbares Gefahrenpotential. Diese Sorte Aussteigertum wird bekämpft oder - blumiger gesagt - als „soziale

Herausforderung“ begriffen. Gerade der anerkannte liberale Standpunkt, nach dem Drogensucht als Krankheit anzusehen ist, unterstreicht den staatlichen Handlungsbedarf. Die Vorstellung von Drogenabhängigen, deren „Selbstkontrolle“ einer kaum beherrschbaren Krankheit zum Opfer fällt, trifft ziemlich genau den Inhalt der staatlichen Befürchtungen.

5 Dieser sehr prinzipielle Tauglichkeitsanspruch steht immer Pate, wenn Politiker die Dringlichkeit der Drogenbekämpfung an Beispielen aus dem gesellschaftlichen Leben begründen. Man kann genauso gut auf US-Senatoren verweisen, die sich für ihre Drogenbekämpfungs-Sitzungen mit einer Prise Koks fit machen, wie auf Soldaten, die sich in Vietnam mit Opium kriegstauglich gehalten hatten und sich mit der Umstellung auf zivilere Umgangsformen schwertun, wo man die Knarre auch mal wieder weglegen muss. Am liebsten verweisen Politiker allerdings auf die Flut von Verbrechen, die sich an die Kriminalisierung des Drogenkonsums anschließt - als wäre die Gier nach Drogen schon von Natur aus dasselbe wie die „kriminelle Energie“, die sie jedem zur Last legen, der Verbotenes tut.

10
15 Gegen die „kriminelle Energie“ ist nach der Logik des bürgerlichen Gemeinwesens *Kriminalisierung* angesagt; das ist schließlich *die* Waffe des Rechtsstaats, wo immer ihm die Sitten und Gebräuche nicht passen, mit denen sich seine Untertanen in ihren Lebensverhältnissen einrichten. Da kennt er nur ein Rezept: verbieten und die Verbots-Übertretung bestrafen. dass Verbieten und Verhindern nicht dasselbe ist, ist dabei durchaus bekannt. Der Staat rechnet schließlich bei jedem Verbot damit, dass alle Umgangsformen, die er per Gesetz zum Verbrechen erklärt, in seiner Gesellschaft dauernd auf der Tagesordnung stehen und dort auch stehen bleiben. So glaubt auch bei der Kriminalisierung des Drogenkonsums ernsthaft kein Mensch, dass die Drogengesetze zur Abschaffung des Drogenkonsums beitragen.

20
25 Das staatliche Verbot führt nur zu einem: Beide Seiten - Leute, die die verbotenen Bedürfnisse haben, und die, die daraus ein Geschäft machen - stellen sich auf das Verbot ein. Ihre kriminellen Karrieren sind damit für beide Abteilungen vorprogrammiert. Für die Geschäftswelt bedeutet Illegalität nicht das Ende ihres Geschäfts, sondern eine zusätzliche Geschäftsbedingung: Gegenüber den Staatsorganen steht Abschirmung und Bestechung an. Was die Konkurrenz betrifft, so kann man in der Branche auf das bürgerliche Rechtssystem mit seinem Vertragsrecht, seinen Handelsregistern, seiner Gerichtsbarkeit und seinen Gerichtsvollziehern begreiflicherweise nicht mehr bauen. Ohne Ordnungs- und Aufsichts-Instanzen ist ein Geschäftsleben aber nicht zu machen. Für Ordnung und Aufsicht bis hin zu eigenen „Gerichten“ sorgt die Branche also selbst; und die Konkurrenz wird nicht mehr mit den üblichen, überwiegend rechtlich geschützten Mitteln als Kampf ums Monopol abgewickelt, sondern als Bandenkrieg ums Monopol. So was nennt sich dann „Mafia“ und gilt allgemein als der Gipfel aller Scheußlichkeiten. Dabei könnte man die Sache auch mal als kleinen Hinweis sehen, für welche ehrenwerten Aufgaben die legale Geschäftswelt auf die stinknormale staatliche Gerichtsbarkeit zurückgreifen kann, wie viel Gewalt also der Rechtsstaat seinen Kaufleuten zur Verfügung stellt. Die Organisation eines florierenden illegalen Geschäftslebens schafft im übrigen jede Menge Unkosten; aber mit dem staatlichen Verbot ist ja noch eine weitere Geschäftsbedingung in die Welt gekommen: Auf Basis des Verbots lässt sich aus dem Drogengeschäft hemmungslos Geld schlagen, ab jetzt können für Rauschgifte horrend Monopolpreise verlangt werden. Was da „kriminelle Energie“ heißt, ist Geschäftstüchtigkeit - sonst nichts -, die ja auch im Normalfall keine Skrupel kennen darf.

30
35
40
45 Für die Drogenkonsumenten wird es damit nicht nur schwierig und gefährlich, sondern vor allem sündteuer, an den Stoff zu kommen. Leute, die meistens sowieso kein Geld übrig haben, müssen sich ausgerechnet ihr Aussteigertum Summen kosten lassen, die weit jenseits der Kalkulationen von Normalverdienern liegen. (Der „Tagessatz“ für einen Heroinsüchtigen liegt in der BRD derzeit bei 200 bis 300 DM.) Die zwei bis drei bekannten Touren, durch „Beschaffungskriminalität“ zu Geld zu kommen - Prostitution, Diebstahl und Rezeptfälschereien -, sind in dieser Gesellschaft schon vorgezeichnet. Das Verbot macht aus dem Aussteigertum eine kriminelle Laufbahn.

Jetzt hat der Rechtsstaat endlich sein Problem - er hat Kriminalität zu bekämpfen. Eine ganze Abteilung seiner Gesellschaft ist voller Gesetzesbrecher - und dass sie seine Gesetze brechen, ist für ihn Grund und Maßstab seines Eingreifens. Dem Staat geht es ab jetzt um seine Rechtsordnung; die muss immer und überall durchgesetzt werden. Die Art und Weise, wie die Drogengeschäftswelt auf das Verbot reagiert, registriert der Rechtsstaat als besonders hartnäckigen Gesetzesbruch. Er muss „organisiertes Verbrechen“ bekämpfen und feststellen, dass sich dieses Verbrecherwesen seiner gewaltsamen Kontrolle oft entzieht:

„Die Stadt Miami ist das zentrale Einfallstor für den illegalen Drogenimport in die Vereinigten Staaten... Das Miami Police Department ist von Korruption durchsetzt... Polizisten bekommen fast alles, was sie wollen (Güter, Dienstleistungen, Sex, Drogen, Alkohol), umsonst... Gewalttätige Verbrechen wurden von Polizisten begangen, vor allem gegen Drogenhändler. Keines der Opfer beschwerte sich jemals, denn sie waren froh, von den Polizisten nur um ihr Eigentum (Geld und Drogen) gebracht worden zu sein, ohne auch ihre Freiheit zu verlieren. Die Drogen wurden von den Polizisten dann wieder in den, normalen Geschäftskreislauf gebracht. Auch Tote gab es bei solchen Überfällen gelegentlich... Städte wie Miami profitieren in großem Stil vom Drogengeschäft, besonders die dort tätigen Bankiers, Steuerberater, Anwälte, Architekten, Grundstücksmakler und Autoverkäufer.“ (Süddeutsche Zeitung, 10.10.)

Sobald der Befund lautet: Verbrecherbanden stellen eine „eigene Macht im Staate“ dar, hält jeder anständige Rechtsstaat die Drogenkriminalität endgültig für untragbar. Dann gilt das „organisierte Verbrechen“ genauso wie die Zunahme von Rauschgiftsüchtigen, die sich durch „Beschaffungskriminalität“ über Wasser halten, als Indiz für eine potentielle Entmachtung der Staatsgewalt, deren Gewaltmonopol unter allen Umständen wieder hergestellt werden muss.

Die gewaltsame Durchsetzung der staatlichen Rechtsordnung ist etwas anderes als Schutz vor Rauschgiftsucht oder Schutz vor der Folge-Kriminalität. Aufrechte Demokraten können zwischen Schutz und Staatsgewalt allerdings nie unterscheiden. Leute, die staatliche Gewalt als Universalheilmittel für „gesellschaftliche Probleme“ schätzen, begrüßen jeden Staatseinsatz gegen Drogenverbrechen als höchst moralischen Dienst an Familien mit drogensüchtigen Kindern oder der gefährdeten Jugend überhaupt. Und wenn dann auch noch Bilder von Drogentoten aus Bahnhofstolletten durch die Presse gehen, bleibt endgültig kein Auge trocken, und alle verantwortungsbewussten Menschen sind sich einig, dass der Staat gefordert ist. Dabei ist die Wahrheit genau umgekehrt: Jeder Drogentote geht auf das Konto der Staatsgewalt.

Das Rauschgiftgeschäft - eine internationale Wachstumsbranche

Alles, was zur Herstellung und Verbreitung der Ware Rauschgift nötig ist, ist für Geld zu haben: Die chemischen Substanzen und Laboreinrichtungen, die zur Aufbereitung der Koka- und Mohnpflanzen zu Kokain und Opium erforderlich sind, werden von europäischen und US-Chemiekonzernen geliefert; Transportmittel und Verpackungsmaterial für das Endprodukt sind ebenfalls problemlos zu beziehen. Alles das wird aus höchst ehrenwerten Geschäftskalkulationen produziert oder bereitgestellt und steigert irgendwo auf der Welt das Bruttosozialprodukt. Denn selbstverständlich ist das Drogengeschäft - wie jedes großes Geschäft - als internationales organisiert.

Und selbstverständlich wird auch in dieser Branche um das zahlungsfähige Bedürfnis konkurriert. Der Markt bietet ein vielfältiges Angebot: die sogenannten „klassischen Rauschgifte“ - Kokain aus Südamerika, Opiate aus Südostasien - werden Jahr für Jahr um neue synthetisierte Drogen ergänzt. „Designerdrogen“ nennt die Fachwelt dieses Zeug - und mit jeder neuen Kreation wird eine neue „Suchtmode“ eingeleitet. Welches Produkt sich am Markt durchsetzt, hängt wie immer von den Geschäftsbedingungen ab: Lieferschwierigkeiten bei Kokain erhöhen erstens dessen Marktpreis und steigern zweitens die Absatzchancen für Heroin:

5 „Das goldene Dreieck hat unerwartet Hochkonjunktur. Während die Welt alle Aufmerksamkeit auf den blutigen Rauschgiftkrieg in Kolumbien richtet, nutzen die Drogenbarone Südostasiens ihre Marktchancen... Schon jetzt hat Südostasien nach Einschätzung US-amerikanischer Rauschgiftexperten seine führende Rolle als Heroinlieferant der USA wiedererlangt. Der Generalsekretär der thailändischen Rauschgiftbehörde... rechnet mit einem Anstieg der Opiumproduktion der Region in diesem Jahr von 1500 Tonnen um 60 Prozent auf 2400 Tonnen. „ (Frankfurter Rundschau, 12.9.)

Wenn das kein Sieg der Marktwirtschaft ist!

10 Das Geschäft mit Drogen klappt vor allem deswegen weltweit, weil die dafür entscheidende Geschäftsbedingung zur Verfügung steht: eine internationale Bankenwelt, die dafür sorgt, dass überall auf der Welt mit Dollar Geschäfte zu machen sind. Aus welcher Sorte Geschäft die Dollars stammen, die sich in den Filialen der Großbanken sammeln - das ist diesen schönen Scheinen ja nie anzusehen; das ist gerade der Witz am Geld. Den Unterschied zwischen „schwarzem“ und „ge-

15 waschenem“ Geld haben schließlich nicht Bankiers erfunden, für die ist Geld Geld - wie für jeden Normalsterblichen auch. Es gibt überhaupt nur einen Gesichtspunkt, unter dem gutes echtes Geld „schmutzig“ werden kann: den Standpunkt der staatlichen Steuergesetzgebung. Das ganze Problem einer sogenannten „Geldwäsche“ besteht folglich darin, einen Dreh zu finden, mit dem Gewinne aus Drogengeschäften dem Staat als legitimer Besitz präsentiert werden können. Wo man „Schwarzgeld“ am geschicktesten platziert, welche Scheinfirmen mit schlecht überprüfbar-

20 Bilanzen man sich beispielsweise zulegen muss oder welcher Bankkredit für diesen Zweck besonders günstig ist, darüber kann man sich heutzutage garantiert bei jedem mittelmäßigen Steuerberater informieren - ganz zu schweigen von den Schatzmeistern sämtlicher demokratischer Parteien.

Die Bevölkerung ganzer Länder ist vom Geschäft der Rauschgiftkartelle abhängig geworden. Auch das ist überhaupt nichts besonderes, sondern eine ganz normale Begleiterscheinung unseres

25 freiheitlichen Weltmarkts. Wenn schon das Geschäft mit so harmlosen Sachen wie Kakao und Schokolade über das Überleben oder Verhungern ganzer Völkerschaften in der 3. Welt entscheidet, weil das einzig Interessante an dem Zeug sein Weltmarktpreis ist - der in diesen Fällen allerdings nicht im Straßenverkauf, sondern an den Börsen der Weltwirtschaftsmächte festgelegt wird -, dann gilt das Gleiche selbstverständlich auch für den Anbau von Koka-Pflanzen. Und natürlich

30 gilt auch bei der Produktion von Rauschgift - wie bei jedem anständigen Geschäft mit Rohstoffen aus exotischen Ländern -, dass eine kleine Geschäfts-„Mafia“ Riesengewinne absahnt und die landwirtschaftlichen und sonstigen Zuarbeiter mit den ortsüblichen Hungerlöhnen versorgt werden. Ganz nebenbei hat man übrigens in den letzten Wochen erfahren, dass die betroffene Landbevölkerung, die den Drogenkartellen zuarbeitet, besser lebt als Landarbeiter auf hochanständigen

35 legalen Plantagen. Um sich ihr dienstbares Volk gewogen zu halten, lassen die südamerikanischen Drogenbarone nämlich die eine oder andere „Sozialleistung“ springen. Das hat eine United Fruit Company nicht nötig.

Nicht das Rauschgift sorgt für Produktionsverhältnisse, die ganze Landstriche vom Anbau der entsprechenden Rohmaterialien abhängig machen, sondern die weltweite Zirkulation des Geldes, das

40 damit zu verdienen ist. Für die Gültigkeit dieser weltweiten Geschäftsbedingung sorgen bekanntlich die Staaten, die sich zu Recht Weltwirtschaftsmächte nennen.

Ein florierendes weltweites Geschäft wird weltweit kriminalisiert

45 Die Klage aller verantwortlichen Politiker, der Drogenkriminalität sei mit den Mitteln der normalen Verbrechensbekämpfung nicht beizukommen, hat ihren Grund darin, dass Drogenhandel als *internationaler* Geschäftszweig organisiert ist. Für die Führer der westlichen Industrienationen steht damit fest, dass sie ihren Drogenkampf nicht auf ihren eigenen Hoheitsbereich beschränken können, sondern *andere Staatsgewalten* für ihr Verbrechensbekämpfungs-Interesse mit in An-

spruch genommen werden müssen. So wird aus ihrem innenpolitischen Rechtsproblem ein *außenpolitischer Anspruch* an den Rest der Staatenwelt. Wie der zwischenstaatliche Dialog zwischen Drogenanbau- und „Abnehmer“-Länder abläuft, steht dabei fest: Die westlichen Führungsmächte treten nicht in Verhandlungen ein, in denen um Interessen gefeilscht wird; sie verlangen die Übernahme ihres Fahndungs- und Bestrafungs-Standpunkts.

Die USA machen den Hauptanbau-Ländern der Koka-Pflanze - Kolumbien, Peru und Bolivien - das großzügige „Angebot“, sie beim Kampf gegen die Drogenkriminalität zu „unterstützen“. Diese „Hilfsangebote“ sind nichts anderes als eine imperialistische Vorschrift. Die Staatsmänner vor Ort haben von sich aus nämlich gar kein gesteigertes Interesse, den Anbau von Koka-Pflanzen und den Handel mit Drogen zu behindern und zu kriminalisieren.

Sie haben in ihrer Gesellschaft erstens überhaupt kein Drogenproblem wie die USA oder die westeuropäischen Staaten. Im Gegenteil, in diesen Regionen der freien Welt wird das Kauen von Koka-Blättern als Mittel geschätzt, mit dem sich die Massen für ihre beschissenen Lebensverhältnisse fithalten. Und damit ist der Drogenkonsum in diesen Ländern tatsächlich etwas anderes als in den westlichen Industrienationen. Hierzulande muss man sich schon einen psychologischen Vers auf seine Lebensumstände machen, um auf Drogen als „Lösung“ zu verfallen. Für lateinamerikanische Campesinos sind Koka-Blätter ein Lebensmittel in einem brutaleren Sinn. Ohne die Hunger- und Kältegefühl betäubende Wirkung der Droge sind die ganz normalen ortsüblichen Lebensbedingungen für die Mehrzahl der dortigen Bevölkerung nicht auszuhalten; Lebensbedingungen, über die mittlerweile längst nicht mehr durch die Launen der Natur, sondern an den internationalen Rohstoffbörsen, auf Weltwirtschaftsgipfeln und IWF-Tagungen entschieden wird. Die Zurichtung der dortigen Ökonomien nach den Bedürfnissen des weltweiten Geschäfts hat dafür gesorgt, dass die angeblich „traditionelle Neigung der ortsansässigen Indios zum Koka-Konsum“ nicht aus der Mode kommt. Wenn man das Ganze natürlich stur umgekehrt betrachtet, kann man als kritischer Intellektueller lässig so tun, als wäre die tägliche Koka-Ration fürs Aushalten der Schufferei in südamerikanischen Bergwerken letztlich auch nur eine Art Indio-Folklore:

„In Bolivien und Peru hat der Koka-Anbau seit den vorkolonialen Zeiten Tradition. Koka-Blätter zu kauen, gehörte zu den religiösen Riten und dient noch heute zur Stimulierung für die schwere Arbeit von Bauern und Bergleuten im Anden-Hochland.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.)

Von sich aus haben die ortsansässigen Staatsgewalten zweitens erst recht keinen Grund, die sogenannten „Drogenbarone“ zu kriminalisieren. Warum sollten sie einer wichtigen Fraktion ihrer besseren Gesellschaft, einem blühenden Zweig ihrer Nationalökonomie und der einzig florierenden Devisen-Einkommensquelle ihres Staates das Wasser abgraben?

5 „In Bolivien wird bei einem Sozialprodukt von umgerechnet rund acht Milliarden Mark der Umfang des Koka-Schmuggels mit dem Ausland auf sechs Milliarden Mark geschätzt. Was wirklich davon ins Land fließt, nämlich rund eine Milliarde Mark, entspricht der Hälfte der Erlöse aus den traditionellen Exporten von Erdgas, Zinn und Gold. Die... Stabilisierung des vorher durch Hyperinflation von 24.000 Prozent geplagten Landes wird von Experten zu einem erheblichen Teil der offiziell geduldeten Geldwäsche von Drogen-Dollars zugeschrieben.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.)

10 „Es wird geschätzt, dass heute fast ein Viertel der arbeitsfähigen Bolivianer direkt oder indirekt vom Drogengeschäft leben... ca. 100 Mio. US-Dollar gehen an die Beschäftigten der Kokainindustrie (Chemiker, Spezialisten für den Geldtransfer, Cocabauern, Cocastampfer, Spediteure, Sicherheitskräfte und andere qualifizierte Fachleute), der Rest verbleibt in den Händen der zehn oder fünfzehn Familien, die das Drogengeschäft kontrollieren.“ (Süddeutsche Zeitung, 10.10.)

15 „In Peru... hat der Koka-Schmuggel einen Anteil von etwa 6,5 Milliarden Mark am Sozialprodukt von rund 30 Milliarden. Die im Land verwendeten Drogen-Devisen werden auf 1,4 Milliarden Mark geschätzt, also rund 25 Prozent der Exporterlöse.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.)

20 „In welchem Maße in Kolumbien Arbeitsplätze durch die Mafia geschaffen wurden, zeigte sich während der jüngsten Razzien bei der Besetzung von mehr als 200 Haciendas durch die Sicherheitskräfte: Baugewerbe und Einrichtungsfirmen müssen jahrelang beschäftigt gewesen sein und viel daran verdient haben. Ein Heer von Angestellten und Landarbeitern war auf den Gütern im Einsatz. Agrarexperten hatten schon vorher neidlos anerkannt, dass die Landwirtschaft, besonders die Viehzucht, in vielen Regionen durch die neuen Gutsbesitzer einen erfreulichen Aufschwung nahm. Rinderherden von 200.000 Stück sind im Besitz der Drogenbarone.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.)

25 „Die Zahl der Menschen in Peru, die ihren Lebensunterhalt beim Drogen-Multi verdienen, wird auf mehr als 500000 geschätzt - Bauern, Pflücker, Verarbeiter, Händler und viele andere.“ (Frankfurter Rundschau, 9.9.)

30 Na bitte, da sprechen doch wohl lauter höchst ehrenwerte wirtschaftspolitisch vernünftige Gesichtspunkte für das Drogengeschäft. Sogar jede Menge Arbeitsplätze werden durch den Koka-Handel geschaffen. Für Leute, die den Dienst am Geschäft für das beste aller Lebensmittel halten und die deshalb hierzulande noch jede Geschäftskalkulation mit dem „Arbeitsplatz-Argument“ rechtfertigen, muss das alles doch voll in Ordnung gehen. „Arbeitsplätze“ damit läßt sich in einer freien Marktwirtschaft bekanntlich alles begründen, z.B. neulich die Schaffung des bundesdeutschen Daimler-MBB-Rüstungskonzerns, dessen Produkte ja auch nicht gerade das Gesundeste sind.

40 Wenn „der Koka-Anbau die gewinnbringendste Kultur für diese Regionen ist; und Kokain der einzig Rohstoff Lateinamerikas ist, dessen Preis in den letzten Jahren gestiegen ist“ (der peruanische Präsident Garcia), dann ist der Anbau und Export von dem Zeug nach allen Regeln des freien Weltmarktes das einzig Senkrechte für diese Staaten. Mit den Weltmarktpreisen ist das nämlich so eine Sache: Je mehr eine Nation auf den Export eines Rohstoffes setzt, um so schlechter wird ihre Position bei den Preisen. Gerade Kolumbien hat mit dieser Sorte Marktmechanismus vor kurzem seine Erfahrungen machen können. Im Sommer hat die US-Regierung im Namen der freien Marktkräfte das internationale Kaffee-Abkommen mit seinen Garantiepreisen für Rohkaffee zu Fall gebracht. „Der Markt“ hat selbstverständlich sofort reagiert:

„Der wirtschaftliche Schaden Kolumbiens durch den fünfzigprozentigen Preisverfall am internationalen Kaffeemarkt wird mit rund 400 Millionen Dollar angegeben.“ (FAZ, 14.9.)

5 Wenn die Gesetze des freien Marktes schon so hervorragend sein sollen, wieso sollen sich dann eigentlich kolumbianische Wirtschaftspolitiker nicht auf den Standpunkt stellen, dass gegen die Marktkräfte in Harlem und im Frankfurter Bahnhofsviertel nichts zu machen ist? Wieso sollten ausgerechnet die Lateinamerikaner Rücksicht nehmen auf die Volksgesundheit fremder Völker, deren Konsumenten ihren Geschäftsleuten Kokain abkaufen, und das sogar zu happigen Preisen: Südamerikanische Politiker befinden sich doch in bester Gesellschaft, wenn sie weit und breit kein Problem sehen, bloß weil sich die Untertanen ihrer Kollegen in USA und Westeuropa in so großer Zahl eine Sucht zugelegt haben. Präsident Bush sorgt sich ja auch nicht übermäßig, wenn seinen kolumbianischen Kollegen die Kaffeebauern verhungern. Und wieso sollen Staaten, in denen amerikanische Konzerne in ganzen Landstrichen das Sagen haben und sich wie die Staatsmacht aufführen dürfen, darunter leiden, wenn Drogenbarone mit ihren Aufsehern und Privatarmeen für eine ihnen genehme Ordnung sorgen?

15 Aber das ist eben der entscheidende Unterschied zwischen den Staatschefs der Koka-Länder und einem US-Präsidenten oder EG-Außenminister. Letztere können die Staatsgewaltigen in Kolumbien, Bolivien oder Peru so unter Druck setzen, dass die sich den Sorgen der Weltwirtschaftsmächte beugen und auch bei sich zu Hause das Drogengeschäft verbieten. Derzeit zwingt der US-Präsident seinem kolumbianischen „Hinterhof“ einen mittelprächtigen Bürgerkrieg auf, den sich dort kein Mensch bestellt hat. Die einheimischen Richter jedenfalls hatten offensichtlich mit der bisherigen ortsüblichen Rechtsauffassung keine größeren Probleme, nach der Drogen-Bosse aus Mangel an Beweisen nicht zu verurteilen waren, in kolumbianischen Gefängnissen herrschaftlich residierten oder gleich wieder freigekauft wurden. Jetzt sollen sie anhand einer von US-Behörden erstellten „schwarzen Liste“ „Schwerverbrecher“ aussortieren und zur Aburteilung an die USA ausliefern. Dafür spendiert ihnen Washington ein paar kugelsichere Westen. Die kolumbianische Regierung kriegt - ob sie will oder nicht - US-Militärberater zur Unterstützung im „Drogenkrieg“ und zusätzlich 65 Millionen Dollar „Krisenhilfe“ zur Bewältigung einer Krise, die sie ohne die tatkräftige Unterstützung durch USA überhaupt nicht hätte. (Nur nebenbei: dass 65 Millionen Dollar ungefähr ein Sechstel der 400 Millionen sind, die Kolumbien durch die Kündigung des Kaffee-Abkommens an Devisen weniger einnimmt - das konnte sogar die FAZ ausrechnen.) Die USA fordern von den Regierungen der „Anbauländer“ die Unterstützung in einem Kampf, der gegen die nationalen Interessen dieser Staaten gerichtet ist. Das hat überhaupt erst dazu geführt, dass sich die dort herrschenden Parteien und die führende Geschäftswelt, die sowieso weitgehend personalidentisch sind, in die beiden gegnerischen Fraktionen des „kolumbianischen Drogenkriegs“ gespalten haben, dessen Leichen die hiesige Öffentlichkeit seit ein paar Monaten zählt.

35 Eines stand dabei allerdings von vornherein fest: Keine lateinamerikanische Regierung kann und will es sich leisten, das „Hilfsangebot“ der USA abzulehnen, also setzen sie umgekehrt darauf, dass ihre Hilfsdienste im US-Drogenkampf durch ein paar zusätzliche Dollar-Millionen für ihre Staatskassen honoriert werden. Außer matten Appellen an die UNO und die Industrienationen, dass „das Rauschgiftproblem nicht zuletzt eines von Angebot und Nachfrage“ sei, bestand das Ergebnis einer Sonderkonferenz der Regierungschefs der wichtigsten lateinamerikanischen „Rauschgift-Anbau-Länder“ Anfang Oktober konsequenterweise im wesentlichen in einer Bereitschaftserklärung, mit Präsident Bush auf einem Drogenkampf-Gipfeltreffen die weitere Zusammenarbeit zu koordinieren. Unter diesen Voraussetzungen verbietet sich natürlich jeder offizielle Deal mit der Drogenmafia. Deren umfassende Waffenstillstands-Angebote von der großzügigen Offerte, die Hälfte der kolumbianischen Auslandsverschuldung in Höhe von 2 Milliarden zu bezahlen, bis zur Bereitschaftserklärung, den Drogenhandel einzustellen, wenn die Regierung von Auslieferungen an die USA absieht - werden abgelehnt.

45 Der Bombenterror in kolumbianischen Städten geht also weiter.

Die Drogenkartelle sind für diesen Kampf gerüstet - auch das ist ein Resultat des freien Weltmarkts, auf dem alles käuflich ist. Käuflich sind nicht nur die zuständigen Politiker, sondern vor allem die zur Ausrüstung von Privatarmeen nötigen Waffen, einschließlich staatlicher Militärausbilder - Reservisten aus Israel, England und USA wurden gesichtet. Die Bildung von „Selbstverteidigungsgruppen“ ist Kolumbiens Großgrundbesitzern gesetzlich ausdrücklich erlaubt - zur Bekämpfung der linken Guerilla. Und das ist ja wohl erst recht im Sinne des freien Welthandels.

Wenn Imperialisten zu Hause ein „Problem“ haben, dann verlangen sie als erstes mehr Macht für sich; und wenn sie entdecken, dass an ihrem Problem fremde Staaten beteiligt sind, dann fällt ihnen als Allererstes ein, dass sie mehr Macht über diese fremden Staaten brauchen. In diesem Sinne kriegte Kolumbien einen Bürgerkrieg und ganz Lateinamerika zusätzliche Militärberater spendiert. So erfrischend schlicht und eindeutig sehen die Macher der Weltwirtschaft die internationalen Verhältnisse.

Der Drogenkrieg - eine imperialistische Offensive

Der Beschluss von Präsident Bush, den „Kampf gegen die Drogenseuche“ im Innern zu verschärfen, fällt mit einer Prüfung der Reichweite US-amerikanischer Macht nach außen zusammen. Wenn der Präsident der USA sich entschließt, in der Drogenkriminalität ein Indiz für eine Infragestellung der US-Staatsgewalt und eine Bedrohung für den Bestand der Nation zu sehen, dann ist eine Überprüfung auswärtiger Staatsgewalten fällig. Denn dass alle anderen Staaten den USA bei der Bewältigung der Drogenkriminalität zu helfen haben, steht schon längst fest. Die westliche Weltmacht sortiert den Rest der Staatenwelt dann nach dem einzigen Maßstab, den sie in Machtfragen kennt, nämlich ob und inwiefern die Unterstützung durch fremde Souveräne zu wünschen übrig läßt - sei es, dass sie nicht können, nicht genügend wollen oder - im schlimmsten Falle - weil sie den USA Schaden zufügen wollen: Alliierte, potentiell gefährliche Neutrale und Gegner - so teilt sich für einen US-Präsidenten die Welt immer ein.

In diese Weltpolizei-Sicht lassen sich alle Schranken und Probleme, auf die die US-Macht schon immer gestoßen sein will, auch unter dem Obertitel „Kampf der Drogenmafia“ einsortieren. Die prinzipielle Unterscheidung zwischen Freund und Feind steht schließlich fest: Grundsätzlich befreundete Staaten wie Kolumbien, Bolivien und Peru werden von Washington zur besseren Kooperation gemahnt. Bei Figuren wie Panamas Noriega, den die USA schon seit einiger Zeit nicht für die optimale Besetzung ihrer Panamakanal-Verwaltung halten, sieht die Sache anders aus. Da lautet der Vorwurf: Drogenhändler aus böser Absicht. Staaten, die der freie Westen dauernd als Feinde im Visier hat - wie Nicaragua und Kuba -, werden als Drahtzieher des internationalen Drogengeschäfts „entlarvt“, was zur Strategie der Aushöhlung und Unterwanderung der USA, von der man bei ihnen sowieso ausgeht, passen soll. Und falls der US-Präsident demnächst mal wieder eine „Strafaktion“ gegen Libyen für angebracht halten sollte, kann man sich ziemlich sicher sein, dass Gadafi bei Drogenschiebereien erwischt wurde. Die kubanische Führung hat den Ernst der Lage offensichtlich schnell begriffen, als im letzten Sommer aus Washington der Vorwurf an sie erging, in ihren Reihen würden sich Drogenhändler tummeln. Sie hat umgehend Todesstrafen verhängt und vollstreckt, auch gegen „verdiente Helden der Nation“, um damit den USA jeden Anlass für Feindschaftserklärungen unter dem Motto „Drogenkampf“ zu nehmen.

„Kampf der Drogenmafia“ ist nicht Vorwand, sondern eine Spielart des imperialistischen Ordnungsanspruchs der USA: Insofern ist es sehr sachgerecht und kein Zeichen von Inkonsequenz, wenn sich die maßgeblichen Machthaber bei der Abwicklung ihres Drogenkampfs an haargenau den einen Sortierungsmaßstab halten, den sie kennen: Wo und durch wen sehen sie ihre Macht beschränkt. Dieser Ordnungsanspruch trennt sich dann schon mal von dem Anliegen, immer und überall das Drogengeschäft zu bekämpfen. Als die US-Regierung im letzten Jahr Wirtschaftssanktionen gegen Birma verhängte, hat es sie offenbar nicht sonderlich erschüttert, dass sie damit

„auch ihre Hilfe bei der Rauschgiftbekämpfung im goldenen Dreieck eingestellt hat“ (Frankfurter Rundschau, 12.9.). Und dass die nicaraguanischen Contras ihr Budget für Waffenkäufe durch Kokain-Schmuggel aufbessern, ist genauso bekannt wie die Opiumgeschäfte „unserer afghanischen Freiheitskämpfer“. Aus übergeordneten Erwägungen einer Weltordnung, die der amerikanischen Macht nützt, muss gewissen Drogenhändlern eben Freiraum gelassen werden. Das ist weder ein Widerspruch zum „weltweiten Drogenkrieg“, noch ist dieser ehrenwerte Titel ein bloßer Vorwand für imperialistisches Zuschlagen. Was soll dem Führer der US-Weltmacht denn auch sonst einfallen, wenn er „Probleme“ entdeckt, außer dem Programm, das er immer schon verfolgt?

Seinen westeuropäischen Partnern ist - wie immer - haargenau dasselbe eingefallen. Seit Bush den „Drogenkrieg“ ausgerufen hat, betätigen sie sich als eifrige Mitstreiter und entdecken dabei - wie immer - lauter ureigene Ordnungsansprüche, die sie erstens gegen die jeweiligen europäischen Partner und zweitens gemeinsam als „zukünftiger europäischer Binnenmarkt“ gegen die restliche Staatenwelt in Anschlag bringen.

Das Programm „Krieg der Droge“ rettet zwar unter Garantie kein Drogenopfer in Harlem, Westberlin oder sonstwo - wie sollte es auch. Die guten Gründe, die für die Entstehung dieses Geschäftszweigs gesorgt haben, sind inzwischen in den Rang von „Schwierigkeiten“ aufgestiegen, die sich allen Staatsmännern guten Willens bei der Bekämpfung der Drogenmafia entgegenstellen. Das mit dem Gift verdiente Geld, die gute Organisation, der Einauß, kurz: die Macht und das durch sie erworbene Recht sollen ja, jedem seriösen bürgerlichen Beobachter zufolge, einen Sieg im Drogenkrieg vereiteln. Ohnmacht freilich ist garantiert nicht im Spiel; eher schon die Fortsetzung der stinknormalen Komplizenschaft zwischen Geschäft und Gewalt.